



Jeweils per Zustellungsnachweis

Herrn Michael Petin, Stettiner Straße 15, 57072 Siegen

Frau Sandra Drößler, Leimbachstraße 236, 57074 Siegen

Herrn Hermann J. Hellmann, Elbinger Straße 2, 57072 Siegen

06.07.2022 ab) 7.7.22

**Antrag auf die Durchführung eines Bürgerbegehrens nach § 26 GO NRW
„Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!“**

Sehr geehrter Herr Petin, sehr geehrte Frau Drößler, sehr geehrter Herr Hellmann,

den Eingang Ihres Antrages auf die Durchführung eines Bürgerbegehrens habe ich erhalten und ich bestätige Ihnen auf diesem Wege den Eingang.

Zu Ihrer Information erlaube ich mir, folgende Hinweise zum weiteren Verfahrensgang nach § 26 GO NRW zu geben:

Erfüllt sind bis dato folgende Voraussetzungen:

- Benennung und Unterzeichnung der Vertretungsberechtigten
- Die zur Entscheidung zu bringende Frage des Bürgerbegehrens ist dergestalt formuliert, dass sie sich nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten lässt. Empfehlen möchte ich, bei der Frage noch das Wort „die“ mit aufzunehmen, so dass diese nun etwas konkreter lautet: „Sollen die Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“
- die Begründung des Bürgerbegehrens

Die notwendige Kostenschätzung habe ich Ihnen als Anlage beigelegt. Gemäß § 26 (3) S.3 GO NRW war die 3-Monatsfrist bis zur Übersendung der Kostenschätzung gehemmt. Mit der Zustellung der Empfangsbestätigung und der beigelegten Kostenschätzung wird die Hemmung jedoch aufgehoben.

Diese Fristhemmung ist nicht zu verwechseln mit der Sperrwirkung nach § 26 (6) GO NRW, wonach diese erst ab der abschließenden Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durch den Rat eintritt. Bis dahin laufen das Bürgerbegehren und die Umsetzung des Ratsbeschlusses gleichberechtigt nebeneinander her.

Von Ihnen weiterhin vorzulegen sind Unterschriften von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern, sofern Sie eine Teilzulässigkeitsprüfung anstreben. Ebenso ist es notwendig, sofern auch hier eine Teilzulässigkeitsprüfung erfolgen soll, eine Musterunterschriftenliste vorzulegen, die folgende Anforderungen erfüllen muss:

- Die Liste mit den Unterzeichnenden muss den vollen Wortlaut des Begehrens enthalten, hierzu gehören die zur Entscheidung zu bringende Frage und deren Begründung, die Kostenschätzung und die Vertreterbenennung.
- Bitte achten Sie die zweifelsfreie Erkennbarkeit der Personen, die die Listen unterzeichnen. Dazu

können Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Meldeadresse beitragen.

- Darauf hinweisen möchte ich, dass die Unterzeichnenden die Bürgereigenschaft gem. § 21 (2) GO NRW i. V. m. dem Kommunalwahlgesetz haben müssen.

Sofern Sie nach der Übersendung der Kostenschätzung ohne weitere Teilzulässigkeitsprüfung mit dem Sammeln der Unterschriften beginnen möchten, beachten Sie bitte die Anforderungen an die Unterschriftenlisten wie oben dargestellt.

Empfehlen möchte ich Ihnen, auf jeder Unterschriftenliste einen Hinweis zum Datenschutz zu geben, der folgendes mindestens umfassen sollte:

„Die erhobenen personenbezogenen Daten werden nur zur Durchführung des Bürgerbegehrens verarbeitet und werden unverzüglich vernichtet, wenn sie für das Verfahren nicht mehr benötigt werden.“

Nehmen Sie gerne Kontakt zum Landesdatenschutzbeauftragten auf, der Ihnen sicherlich noch weitere wichtige Hinweise geben kann:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-999
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Im Hinblick auf die notwendige Anzahl der zu sammelnden Unterschriften verweise ich auf § 26 (4) GO NRW. Danach sind mindestens 4.029 Unterzeichnende notwendig auf Basis der bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellten Anzahl der Wahlberechtigten. Eine Höchstgrenze der zulässigen Unterschriften auf einem Blatt gibt es nicht. Gleichwohl sollten die formalen Vorgaben, wie oben beschrieben, lesbar sein.

Abschließend möchte ich noch auf die Transparenzpflicht nach § 26 a GO NRW und auf die erforderlichen Erklärungen und Versicherungen an Eides hinweisen. Die Norm habe ich dem Schreiben beigelegt.

Die oben angeführten Vertretungsberechtigten erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Gerne stehen Ihnen mein Büroleiter Johannes Werthenbach oder ich für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. (Faksimile)
Steffen Mues
Bürgermeister

2. 2/1 zur Kenntnis
3. 5/4 zur Kenntnis
4. Z.d.V. – EB wurde durch Frau Teubert und Herrn Hoffmann persönlich zugestellt

Kostenschätzung:**Bürgerbegehren**

„Erhalt der Achenbacher Schule sowie der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe“

Die nachstehende Kostenschätzung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2022 und den dazu im Haushaltsplan veranschlagten Aufwendungen für den Betrieb der o.a. Schulen

Allein für das Haushaltsjahr 2022 sind für die **Achenbacher Schule, die Realschule Am Oberen Schloss und die Realschule Auf der Morgenröthe** Aufwendungen in Höhe von insgesamt **4.471.440 €** kalkuliert. Es kann festgehalten werden, dass diese Kosten bei der Fortführung der o.g. Schulen – unter Beibehaltung der jetzigen Standorte und keiner Nutzung durch die Gesamtschule - auch in den Folgejahren im Haushalt der Stadt Siegen eingeplant werden müssen. Sie setzen sich wie folgt zusammen.

<u>Investive Mittel</u> z.B. für Mobiliar, Medienentwicklungsplanung, bewegliches Vermögen und Lehrmittel, ...	394.600,00 €
<u>Konsumtive Mittel</u> u.a. für Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bilanzielle Abschreibungen, Betriebskosten, ...	4.076.840,00 €
Insgesamt	4.471.440,00 €

Anmerkung:

Zum Gebäudebetrieb im engeren Sinn gehören Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwaltung, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude. Zuwendungen/Fördergelder wurden nicht berücksichtigt und ausschließlich städtische Eigenmittel ausgewiesen.

Aufwendungen für eine 4. Gesamtschule

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass auch für den Betrieb der 4. Gesamtschule in Siegen Aufwendungen zusätzlich zur oben genannten Kostenkalkulation in den Haushaltsfolgejahren berücksichtigt werden müssen. Wird diese 4. Gesamtschule betrieben, werden, mit Blick auf die im Haushaltsplan 2022 für die drei bestehenden Gesamtschulen hinterlegten Haushaltsansätze, für die neue Gesamtschule Aufwendungen in Höhe von rund 2.320.560,00 €, davon investive Mittel in Höhe 449.300 €, davon konsumtive Mittel in Höhe von 1.871.260 €, geschätzt.

Bei Erhalt der Hauptschule Achenbach und der beiden Realschulen entstehen diese Aufwendungen zusätzlich zu den oben dargelegten Kosten.

Nicht berücksichtigt sind darin Finanzmittel für etwaige bauliche Anpassungen, wenn weitere Räumlichkeiten (Klassen- und Fachräume) am Standort Rosterberg notwendig werden, sofern der Standort in Achenbach weiterhin der Hauptschule Achenbach und nicht wie vom Rat beschlossen der neuen Gesamtschule zur Verfügung steht. Ebenso wenig sind in die Kostenschätzung Aufwendungen für eine möglicherweise ergänzende Erstausrüstung mit Mobiliar, Lehr- und Lernmittel einkalkuliert.

Wie auch in der Kostenschätzung für die Hauptschule Achenbach und den beiden Realschulen wurden die Aufwendungen für den Gebäudebetrieb (u.a. Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwaltung, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude) aus dem gebuchten Haushaltsjahr 2020 entnommen. Zuwendungen/Fördergelder bleiben ebenso unberücksichtigt. Ausgewiesen werden ausschließlich städtische Eigenmittel.